

Wie ist qualitatives Wachstum möglich?

5. Gespräch:

Wirtschaftlich und politisch: Wie umsteigen auf „nachhaltiges Wachstum

(sustainable development)? Institutionelle, organisatorische Chancen und Barrieren, politische Anreize und Rahmenbedingungen einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie.

Zur Öffnung der Ökonomie für die „Eigenlogik“ der Lebenswelt:

Kann verständigungsorientiertes Handeln zu einem Koordinationsmedium der Wirtschaft werden?

Prof. Dr. Adelheid Biesecker

Zur Öffnung der Ökonomie für die „Eigenlogik“ der Lebenswelt – als ich diesen Titelvorschlag von Herrn Rossbroich für meinen Beitrag zu diesem 5. Kempfenhausener Gespräch mit der Leitfrage „Wie ist qualitatives Wachstum möglich?“ übernahm, hatte ich die Vorstellung, das vorhergehende Referat befasse sich mit der „Öffnung der Ökonomie für die Eigenlogik der Natur“, in meinem Verständnis: der natürlichen Mitwelt. Und ich empfand diese Parallele nicht nur intellektuell als interessant, sondern sie ist mir für unseren Zusammenhang auch aus inhaltlichen Gründen wichtig. Denn ich bin davon überzeugt, daß nur die gemeinsame Berücksichtigung beider dieser ursprünglich nicht-ökonomischen Welten in der Ökonomie und ihrer Wissenschaft, der Ökonomik, den Blick eröffnet auf mögliche Wege zu einer qualitativen Entwicklung. Und nicht nur ihre Berücksichtigung – meines Erachtens kommt es darauf an, die Kriterien (und damit den Primat) für eine solche Entwicklung in diesen beiden Welten zu suchen, und nicht in der Ökonomie für sich selbst.

Von hierher kann ich auch verdeutlichen, weshalb ich nur ungern von „qualitativem Wachstum“ spreche. Ich ziehe den Begriff der Entwicklung vor, die immer schon den qualitativen vor dem quantitativen Aspekt betont. Denn bei dem Begriff „Wachstum“ sind wir (zumindest wir Ökonomen und Ökonominen) geneigt, an das Wachstum des Sozialprodukts zu denken. Und das ist zunächst quantitativ, wird durch qualitative Anforderungen „angereichert“. Von der „Eigenlogik“, besser: den Lebenskriterien sowohl der natürlichen Mitwelt als auch der sozialen Lebenswelt her ergeben sich aber andere Maßstäbe: z. B. der des Wohlbefindens oder Wohlergehens der Menschen oder der der evolutionären Bewährung, wie es meine Kollegin, Christiane Busch-Lüty, m. E. treffend bezeichnet. Und diese müssen nicht auf Vermehrung, auf Wachstum hinauslaufen. Ich verwende daher lieber den Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“, wobei mit „nachhaltig“ die erhaltende Nutzung der Ressourcen gemeint ist.

Bei der Öffnung der Ökonomie für die soziale Lebenswelt (und in dem skizzierten Gesamtzusammenhang werde ich mich auf diesen Aspekt des

Umsteigens auf nachhaltige Entwicklung konzentrieren) geht es darum, die Handlungskompetenz der Menschen, ihre Fähigkeit zur Verständigung miteinander, und damit die Produktivität dieses Handlungsmusters für die gesellschaftliche Entwicklung in den Blick zu bekommen. So erklärt sich der zweite Teil meines Themas, die Frage: Kann verständigungsorientiertes Handeln zu einem Koordinationsmedium der Wirtschaft werden?

Die Thesen, von denen meine folgenden Gedanken geleitet werden, lauten:

1. Für eine nachhaltige Entwicklung ist verständigungsorientiertes Handeln in der Ökonomie nötig.
2. Verständigungsorientiertes Handeln in der Ökonomie ist auch möglich und wird schon praktiziert.
3. Zur Schaffung der Bedingungen für verständigungsorientiertes Handeln in der Ökonomie (und damit für den Einstieg in eine nachhaltige Wirtschaftsweise) ist eine neue Wirtschaftspolitik, vor allem eine neue Ordnungspolitik, nötig.

Für nachhaltige Entwicklung ist verständigungsorientiertes Handeln in der Ökonomie nötig

Die moderne Ökonomie wurde und wird von der Wirtschaftswissenschaft häufig als System beschrieben und analysiert, das eigenständigen Regeln folgt, die in spezifische Strukturen eingebunden sind. Solche Regeln sind z. B. Regeln des Marktes, des Unternehmens, des Haushaltes; solche Strukturen sind beispielsweise Produktion und Konsumtion für bzw. über den Markt sowie die gesellschaftliche Art der Arbeitsteilung, die die Arbeit unterteilt in bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Hausarbeit, in der Regel geschlechtsspezifisch zugewiesen. Als zentrale Handlungsregel gilt die ökonomische Rationalität. Ihr gemäß lautet die Handlungsmaxime für ökonomisch effizientes Handeln: Handle so, daß bei gegebenem Mitteleinsatz (Kosten) dein Nutzen maximiert wird. Ökonomisches Handeln ist somit bestimmt als ausschließlich erfolgsorientiert. In dieser Vorstellung erscheint die Ökonomie als autonom gegenüber der natürlichen Mitwelt und der sozialen Lebenswelt. Die Handlungskoordination erfolgt über das Steuerungsmedium Geld, in sozio-ökonomischen Theorien kommt als zweites Steuerungsmedium die Macht dazu.

Diese Autonomie ist jedoch nur Schein - sie existiert nicht und hat nie existiert. Polanyi, den ich ansonsten sehr schätze, hat da mit seiner These von der Entstehung selbst-regulierter Märkte den m. E. brüchigen Boden bereitet für immer neue theoretische Begründungen und Erklärungen für diese Autonomie. Und wer, wie es häufig geschieht, gar Adam Smith für ein solches Ökonomie-Bild verantwortlich macht, irrt schon gar: Die Zusammenschau der beiden Hauptwerke von Smith macht m. E. deutlich, wie stark bei ihm der Markt in die Gesellschaft eingebettet ist.

In Wirklichkeit beeinflusst die Ökonomie sowohl die natürliche Mitwelt als auch die soziale Lebenswelt durch externe Effekte. Diese Betroffenheit der beiden nicht-ökonomischen Welten durch die Ökonomie war solange unproblematisch, solange es ausschließlich um positive externe Effekte zu gehen schien, z. B. um die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen durch ein qualitativ und quantitativ besseres Güterangebot oder um die Verbesserung des Bodenertrages durch ökonomisch-rationale Anbau- und Erntemethoden. Allerdings war letzteres wie insgesamt die Wirkung der modernen Ökonomie auf die natürliche Mitwelt immer schon mit zerstörerischen Auswirkungen auf die Natur verbunden, nur wurde dies nicht gesehen. Die Natur schien unendlich, unendlich geduldig, sowohl als Ressource als auch als Senke. Auch die Nutzung der Kompetenz der arbeitenden Menschen durch die Ökonomie hatte von Anfang an auch zerstörerische Effekte.

Heute stehen wir vor dem Problem der zunehmenden negativen externen Effekte. Die Belastung der natürlichen Mitwelt durch Schadstoffe ist für (fast) Jede und Jeden unübersehbar und oft körperlich spürbar, die maßlose Nutzung der natürlichen Ressourcen führt zur Erschöpfung Jahrtausende lang aufgebauter Reserven und bedroht die Reproduktion erneuerbarer Stoffe. Und die Belastung der sozialen Lebenswelt z. B. mit Produktions- und Transportlärm oder die Zerstörung sozialer Lebensräume durch Verkehr machen das Eingebundensein der Ökonomie in die Lebenswelt drastisch deutlich. Das gilt auch für die Arbeitslosigkeit - die Behandlung der Menschen als Arbeitskräfte, die für die Ökonomie Ressourcen bedeuten und auf die verzichtet wird, wenn es effizientere Alternativen gibt, hat negative Folgen bis hin zur sozialen und physischen Zerstörung.

Nutzen und Kosten wurden also nicht richtig bestimmt, die ökonomische Wissenschaft hat sich in ihrer Einschätzung der Wirkung der Ökonomie auf Mensch und Natur verrechnet! Die Vorstellung von der Autonomie des ökonomischen Systems hat dazu geführt, daß die zentralen ökonomischen Kategorien die Wirklichkeit qualitativ falsch deuten und daher quantitativ falsch bemessen wurden! Damit muß auch die Frage nach dem, was Effizienz ist, neu gestellt werden. Es sieht so aus, als hätten wir durch diese Beschränkung der Sichtweise, die mit der Autonomievorstellung der Ökonomie verbunden ist, wirtschaftliche Prozesse als effizient behandelt, die das in Wirklichkeit gar nicht sind. Zum Beispiel das Ersetzen von Menschen als Arbeitskräfte durch Maschinen: Es ist effizient, wenn der Nutzenvergleich über den Output pro Stunde erfolgt und wenn der Kostenvergleich nur die eingesparten Lohnkosten den Maschinenkosten gegenüberstellt. Es ist aber ineffizient, wenn der persönliche und soziale Nutzen der Arbeit auf Seiten der Menschen berücksichtigt wird und wenn eine intakte Natur einen Wert hat; und wenn in die Kosten sowohl die wirklichen Reproduktionskosten der Energie- und Rohstoffe für Bau und Betrieb der Maschine und die damit verbundene Schadstoffbelastung eingehen als auch der Kompetenzverlust sowie die soziale und psychische Zerstörung der Menschen durch Arbeitslosigkeit.

Die notwendige Neubestimmung von Nutzen und Kosten unserer modernen Ökono-

mie

kann nun nicht einfach mit dem alten Bild von einer autonomen Ökonomie erfolgen. Sie kann auch nicht ausschließlich mit Hilfe der bisher von der ökonomischen Fachdisziplin entwickelten Verfahren vorgenommen werden. Der erweiterte Blick auf die Ökonomie als in moderner Form eingebettet in die natürliche Mitwelt und die soziale Lebenswelt macht, über das Aufspüren der externen Effekte, Betroffene deutlich. Deren Berücksichtigung ist notwendig. Nur über das Einbeziehen der Betroffenen kann eine Neubestimmung von Kosten und Nutzen, kann eine Neubewertung der zentralen Kategorien der Ökonomie gelingen.

Was heißt das aber? Wie kann das geschehen? Und zunächst und vor allem: Was bringen die Betroffenen (die natürliche Mitwelt und die Menschen in der sozialen Lebenswelt) mit, daß sie das können? Welche Kompetenz haben sie? Und: wie kann diese „zu Wort kommen“?

Wenn es stimmt, daß die negativen externen Effekte der Ökonomie und ihre Zunahme daher rühren, daß die Regeln und Strukturen der (autonomen) Ökonomie eine ausschließlich zielorientierte Handlungsweise fördern, deren Rationalität an möglichst effizientem Mitteleinsatz gemessen wird; und wenn es stimmt, daß in diesen Effizienzbegriff falsche Nutzen- und Kostenvorstellungen eingehen, dann ist offensichtlich das, was in diesem Sinne ökonomisch-rational erscheint, aus dem Blick der Lebenswelt und der natürlichen Mitwelt nicht-rational, unvernünftig, schädlich. Dann geht es nicht nur um eine Neubestimmung von Kosten und Nutzen im Rahmen des üblichen ökonomischen Verfahrens gemäß dem ökonomischen Vernunftkonzept, sondern dann geht es um dieses Verfahren und um dieses Konzept selbst! Dann muß die Ökonomie erst noch zur Vernunft gebracht werden. Was also ist vernünftig, oder: was ist „vernünftige Ökonomie“?

Die ökonomische Vernunft ist – entgegen der Überzeugung vieler moderner Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen – nicht das einzige Vernunftkonzept, das heute existiert: die moderne Lebenswelt-Forschung kennt ein anderes Vernunftkonzept. Vernünftig ist hier, was Menschen in einem Verständigungsprozeß mit Hilfe ihrer Sprache als ihre Ziele und ihre Wege dorthin gemeinsam bestimmen. Die Kommunikation miteinander, der sprachliche Diskurs, ist der Weg, auf dem das, was vernünftig ist, bestimmt wird. Deshalb heißt diese Vernunft auch „kommunikative Vernunft“. Für diese Handlungsweise ist das Erreichen eines Zieles ebenso wichtig wie die Verständigung mit den Mit-Handelnden bzw. den von der Handlung Betroffenen. Dieses Handeln ist daher, neben der Zielorientierung, auch verständigungsorientiert. Und nicht nur neben: Für die Erreichung eines gemeinsamen Zieles ist die Verständigung untereinander notwendige Bedingung. D. h., daß sich die Verständigung auch auf die jeweiligen Grundlagen der Handlungen bezieht. Der Kern von verständigungsorientiertem Handeln ist somit, daß auch diese Grundlagen (Normen, Werte, institutionelle Regelungen) kritisierbar und damit im Prozeß

des verständigungsorientierten Handelns selbst veränderbar sind. Indem die Handelnden somit gemeinsame Ziele erreichen, gestalten sie gleichzeitig diese Handlungsgrundlagen. Kommunikatives Handeln, verständigungsorientiertes Handeln ist daher ein äußerst aktives, die Gesellschaft selbst gestaltendes Element. Dieses Handeln ist nicht nur vernünftig im ökonomisch-rationalem Sinne, sondern mehrdimensional: Es ist sowohl vernünftig im objektiven, sozialen wie subjektiven Sinne. D. h., es ist vernünftig bezüglich der Zweck-Mittel-Relation, bezüglich der gesellschaftlichen Normen und Werte und bezüglich der subjektiven Vorstellungen. Über dieses verständigungsorientierte oder kommunikative Handeln werden die Handlungsprozesse in der Lebenswelt koordiniert. Das ist es, was ich mit der „Eigenlogik“ der Lebenswelt meine. Sie ist nicht naturgegeben, ist nicht starr, sondern aktive Tat der Beteiligten. Ihre Basis ist die alltägliche Interaktion der Menschen in der sozialen Lebenswelt, z. B. in der Familie. Die in die soziale Lebenswelt eingebettete Ökonomie, die Familienökonomie, ist schon von hierher sehr verschieden von der Erwerbsökonomie: Sie ist vor allem durch Mensch-Mensch-Beziehungen gekennzeichnet und nicht auf Vermehrung, sondern auf Versorgung ausgerichtet. Sie wird daher Versorgungsökonomie genannt.

Menschen, die zu solch verständigungsorientiertem Handeln in ihrer Lebenswelt in der Lage sind, sind es auch in der Ökonomie. Denn, obwohl sie dort in spezifisch ökonomischen Rollen agieren, als bezahlte Arbeitskräfte, unbezahlte Hausfrauen oder Konsumenten bzw. Konsumentinnen, legen sie ihre Kompetenz zur Verständigung nicht ab. Diese besondere Produktivität moderner Menschen kann somit genutzt werden, um die Einbettung der Ökonomie in die Lebenswelt und die natürliche Mitwelt neu zu gestalten und so die negativen externen Effekte zu beseitigen.

Das Einbeziehen der Betroffenen in den ökonomischen Handlungsprozeß heißt somit, das verständigungsorientierte Handeln, die kommunikative Vernunft, in die Ökonomie hereinzuholen. Neben die Koordinationsmedien Geld und Macht tritt jetzt das Koordinationsmedium Kommunikation bzw. Diskurs. Ökonomisch-vernünftig ist jetzt nicht nur, was, gemäß herkömmlichem Effizienzkriterium, Nutzen erbringt, sondern was, nach einem Verständigungsprozeß, Konsens ist. Spricht die Wirtschaftswissenschaft vom Markt als Entdeckungsverfahren (Widmaier), in neuen Ansätzen von Demokratie als Entdeckungsverfahren, so können wir hier vom „Diskurs als Entdeckungsverfahren“ sprechen. (Ein viertes Koordinationsmedium muß kurz genannt werden: Es sind die gesellschaftlich vorherrschenden Normen. Sie spielen beispielsweise im ökonomischen Handeln von Männern und Frauen eine Rolle und prägen die Zuordnung von Männern und Frauen zu ökonomischen Handlungsbereichen.)

Ökonomie wird so sichtbar als Raum sozialen Handelns. Ökonomie ist nicht mehr System oder Sprachspiel, sondern Tätigkeitsraum von Menschen. Gesellschaft ist die Summe spezieller Handlungsräume, wobei der Lebenswelt deshalb eine besondere Rolle zukommt, weil von hier aus die

Lebensvorstellungen der Menschen entwickelt werden und weil hier die schöpferischste Fähigkeit der Menschen, die kommunikative Vernunft, entsteht. Ökonomie hat die Aufgabe, für die materielle Absicherung solcher Lebensansprüche zu sorgen, hat somit eine dienende Funktion für die Lebenswelt.

In diesem Konzept von Ökonomie, dem, was ich gerne „lebensweltlich orientierte Wirtschaftstheorie“ nenne, spielt die Sprache eine große Rolle. Verständigung verläuft vor allem über Sprache. Wie kann dann aber die natürliche Mitwelt einbezogen werden? Wie können die Kriterien gesellschaftlicher Entwicklung aus ihrer Sicht beeinflußt werden? Meines Erachtens geht das nur über das „Nadelöhr“ des menschlichen Verständigungsprozesses. „Sprachlose“ Betroffene wie die natürliche Mitwelt (oder auch zukünftige Generationen) werden dadurch in den Diskurs einbezogen, daß mit ihnen ein fiktiver Diskurs geführt wird, über den ihre Lebensinteressen Berücksichtigung finden. Bezüglich der natürlichen Mitwelt heißt das z. B., ihre Entwicklungsbedingungen in die zu gestaltenden Handlungsgrundlagen des verständigungsorientierten Handelns einzubeziehen. Verständigungs- orientiertes Handeln wird hier zu verantwortlichem Handeln. Ökonomie ist dann nicht nur Raum sozialen Handelns, sondern Raum sozial-ökologischen Handelns.

Verständigungsorientiertes Handeln in der Ökonomie ist möglich und wird auch schon praktiziert

Auch in das traditionelle Bild von ökonomischem Handeln als ausschließlich erfolgsorientiertem Handeln mischen sich schon Elemente von Verständigung. So weiß z. B. die moderne Kooperationsforschung, daß der Markt nicht nur ein Ort der Konkurrenz ist, sondern ein Geflecht, in dem sich über wiederholte strategische Kooperationen Vertrauensnormen herausbilden. Ohne diese könnte der Markt gar nicht funktionieren. Schon hier wird der Markt nicht mehr als Funktionsmechanismus, sondern als sozialer Ort betrachtet, als Institution, in deren Rahmen Menschen spezifische soziale Beziehungen entwickeln. Diese sind aber ausschließlich als strategische interpretiert.

Nach meiner Analyse reicht das zum Begreifen moderner Ökonomie und ihrer Entwicklungspotenzen nicht aus, kann Handeln in der Ökonomie über strategisches Handeln hinausgehen und geht auch darüber hinaus. Um das zu verdeutlichen, möchte ich etwas genauer auf die Voraussetzungen eingehen, die verständigungsorientiertes Handeln braucht, um sich entwickeln zu können: Zu diesem gehört vor allem das Einbeziehen aller Betroffenen, die Gleichberechtigung aller, die gegenseitige Akzeptanz und die Revidierbarkeit von Positionen. Und dazu gehört auch, daß der Ausgang des Verständigungsprozesses (zumindest in gewissen Grenzen) offen ist. Das scheint zunächst sehr fern von der ökonomischen Realität zu sein – werden doch immer wieder äußere Zwänge dafür verantwortlich gemacht, daß gerade nicht nach solchen Prinzipien gehandelt werden kann: vor allem Zwänge der Konkurrenz, des Marktes. „Die Konkurrenz erfordert ...“, „Der Markt

erzwingt ...“ ist immer wieder in der Wirtschaftspresse zu lesen. Aber darum geht es ja gerade: diese ökonomisch-altbackene Sichtweise zu erweitern, zu modernisieren – und dadurch die Potenz der Ökonomie für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft zu entfalten. Und wie?

Durch Schaffung der Bedingungen für einen solchen Diskurs. Wenn wir uns verdeutlichen, daß die Verständigung in ökonomischen Handlungszusammenhängen stattfindet, für die im gesellschaftlich-geschichtlichen Prozeß schon spezifische Regeln herausgebildet wurden (seien sie kodifiziert oder informell), daß Verständigung also im jeweils institutionellen Rahmen stattfindet, wird die Aufgabe schon konkreter bestimmbar: Dann geht es nämlich darum, bestehende ökonomische Institutionen wie Unternehmen, Märkte und Haushalte derart umzugestalten, daß die Voraussetzungen für Diskurse tendenziell realisiert werden. Und dann geht es darum, neue institutionelle Arrangements zu entwickeln, in denen von vornherein historisch gewachsene Barrieren gegen Verständigung (z. B. starke Hierarchien, gewohnte Diskriminierungen, Ausschlüsse von Betroffenen aus Entscheidungsprozessen) vermieden werden. Und da, wo die erwähnten strukturellen Elemente der Ökonomie zum Hindernis für solche Neugestaltung der Ökonomie im Sinne der Stärkung des „Koordinationsmediums Diskurs“ werden, geht es um Veränderung der Strukturen selbst (z. B. um andere Formen der geschlechtsspezifischen Organisation und Aufteilung der Arbeit, um ein anderes Verhältnis zur Natur).

Bestehende ökonomische Institutionen, die derart diskursiv auf ein nachhaltiges Entwicklungskonzept hin umgestaltet werden können und müssen, sind vor allem die Unternehmen, die Haushalte und die Märkte (Warenmärkte, Arbeitsmärkte, Finanzmärkte). Diese Basiseinheiten der Ökonomie als institutionelle Zusammenhänge verstehen heißt auch für sie, daß sie nur mit einem erweiterten analytischen Blick, mit Hilfe eines erweiterten Verständnis von Ökonomie, deutbar sind. So ist z. B. ein Unternehmen gemäß dieser Sichtweise nicht nur der Ort der Produktion, nicht nur der Ort von Hierarchie und sozialen Beziehungen, sondern eine quasi öffentliche Einrichtung mit Geschichte, die ihre Vorstellungen von Ort und Art der Produktion und des Vertriebs im Diskurs mit allen Betroffenen entwickelt, mit den Unternehmensangehörigen, der betroffenen Wohnbevölkerung und den Käufern der Produkte. Und so ist ein Haushalt nicht nur der Ort der Konsumtion bzw. der Haushaltsproduktion, nicht nur der Ort der familialen Beziehungen, sondern ebenfalls eine quasi öffentliche Einrichtung, die Beschaffung, Verarbeitung und Entsorgung ebenfalls gesellschaftlich abstimmen muß, soll sie in ein Konzept nachhaltiger Entwicklung passen. In diesem Sinne wird das Private von privaten Unternehmen und privaten Haushalten im Konzept nachhaltiger Entwicklung zu einer öffentlichen Angelegenheit.

Und die Märkte? Sie sind von vornherein gesellschaftliche Institutionen, Orte des Kaufens und Verkaufens. Dazu gehörte immer schon Kommunikation, Sprache – und eben nicht nur „die Sprache der Preise“. Märkte sind in der

Realität nie ausschließlich durch Preise koordiniert bzw. geregelt worden. Märkte sind seit ihrem Anbeginn soziale Konstrukte, gestaltet sowohl durch die direkt am Markt Tätigen als auch durch den Staat. Die Möglichkeit zu einer Transformation nach Kriterien, die einer nachhaltigen Entwicklung genügen, ist daher prinzipiell gegeben.

Ökonomie als Raum sozial-ökologischen Handelns, Ökonomie als Beziehungsgeflecht von Menschen in Institutionen – dieser Blick auf die Ökonomie legt den historischen und gleichzeitig dynamischen Charakter der Ökonomie offen. Sie kann im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung transformiert werden. Die Akteure dafür sind alle Menschen in und um Unternehmen, alle Menschen in Haushalten, alle am Markt Teilnehmenden und der Staat.

Diese Überlegungen sind keine Ausflüge in Wolkenkuckucksheime. Die ökonomische Theorie und Praxis kennt viele konkrete Ansatzpunkte für solcher Art verständigungsorientiertes Handeln. Ich möchte hier fünf Beispiele nennen:

1. Konzepte konsensorientierten Managements

Im Gegensatz zu traditionellen Führungskonzepten ist hier der Dialog mit allen Betroffenen im Unternehmen die Form der Unternehmensentwicklung. Dabei wird die Kompetenz aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur kreativen Teilnahme an dem Diskurs für die Unternehmensentwicklung fruchtbar gemacht. Alle Beteiligten werden so nicht nur als Arbeitskräfte im Unternehmen, sondern als ganze Persönlichkeiten einbezogen. Konkrete Beispiele sind teilautonome Arbeitsgruppen, die auf den Prinzipien der Selbstorganisation und Selbstverantwortung beruhen, und diskursive Organisationsentwicklung, wobei die Verbesserung der betrieblichen Organisation im Dialog mit dem von der Veränderung Betroffenen erfolgt.

2. Konfliktmittlungsverfahren bei Umweltstreitigkeiten

Hier geht es um die Wirkung von Unternehmen nach außen. Die Betroffenen von negativen Umweltwirkungen der Unternehmen, also von negativen externen Effekten, kommen nach konkret entwickelten Regeln mit ihren Interessen zu Wort. Diese Verfahren dienen dazu, das, was zunächst als Konflikt dasteht, konsensual zu lösen. Konkret entwickelt sind inzwischen sogenannte Mediationsverfahren. Diese sind dadurch gekennzeichnet, daß ein neutraler Vermittler (Mediator) bestimmt wird, der in inhaltlichen und in Verfahrensfragen vermittelt, aber keine eigenen Interessen in dem Konflikt verfolgt. Mediationsverfahren basieren auf folgenden Grundsätzen: möglichst breite Definition der Gruppe der Betroffenen, deren frühzeitige Beteiligung, Transparenz des Verfahrens, Konsensorientierung, Rechtsmittelverzicht. Es sind Prozesse der Selbstregulation, nicht der Fremdsteuerung.

3. Neue Modelle zur Rettung von Unternehmen: das Beispiel von Klöckner in

Bremen

Herkömmlicherweise entscheiden Unternehmensleitungen über das Schließen eines Betriebes und teilen ihren Entschluß mit der ihn begründenden Argumentation der Belegschaft mit. In dieser Argumentation spielen Kosten, Nutzen und die Effizienz eine große Rolle. Die Kosten der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen und die Gesellschaft werden dabei, wie ich schon erläutert habe, nicht eingerechnet. In Bremen, bei der drohenden Schließung der Klöckner-Hütte, war es anders: Die ganze Region war vom Wert der Arbeitsplätze überzeugt, hielt die Kosten der Vernichtung dieser Arbeitsplätze für zu hoch. Es galt, diese Arbeitsplätze zu erhalten – und nach langen und konfliktreichen Verhandlungen wurde ein Konsens zwischen allen Betroffenen erreicht, das sogenannte Interessentenmodell. Dieses sieht eine Weiterführung von Klöckner mit folgenden Beteiligungen vor: Sidmar (Belgien) 25,01 Prozent, (alte) Klöckner AG 25,01 Prozent, (landeseigene) HIBEG 23,98 Prozent, Bremer Vulkan 10 Prozent, Bremer Stadtwerke 10 Prozent (bremische) Hegemann-Gruppe 6 Prozent. Die Bremer Landesregierung sowie bremische Unternehmen sind also an dieser Rettung beteiligt.

Damit dieser Konsens erreicht wurde, war ein harter Machtkampf nötig, um die „Gleichwertigkeit der Diskurspartner“ erst einmal zu erreichen. An ihm war, vor allem die Belegschaft beteiligt, aber eine starke Fraueninitiative unterstützte diesen Konflikt aus der sozialen Lebenswelt heraus. Und die stadtbremische Wohnbevölkerung begleitete die Auseinandersetzung mit viel Interesse und Sympathie. Maßgeblich allerdings war die Landesregierung: Sie erteilte allen Angeboten von Seiten der Konkurrenz, Klöckner (zwecks Stilllegung) aufzukaufen, eine Abfuhr. Und wichtig war auch die Haltung des Vorstandes und der Deutschen Bank, die, nach anfänglichem Zögern, die Suche nach einer Lösung zur Erhaltung des Werkes unterstützten.

4. Initiativen zur Entwicklung nachhaltiger Regionen

Regionalpolitik ist in der Regel Angelegenheit von Regierungen, d. h. von staatlichen Stellen. Bei den jetzt verschiedentlich entstehenden Ansätzen zur nachhaltigen Entwicklung von Regionen dagegen werden viele Interessengruppen einbezogen: Menschen aus der Politik, der Wohnbevölkerung, der Industrie, der Wissenschaft. Bewußt wird nach offenen Organisationsformen gesucht, um den Diskurs zwischen allen zu ermöglichen, um die verschiedenen Kompetenzen der Menschen für das Konzept der nachhaltigen Entwicklung fruchtbar zu machen. Ob aus diesen Zusammenhängen ein fester institutioneller Zusammenhang wird und wie dieser aussieht, ist notwendigerweise offen. Beispiele für solche Initiativen sind die für ein „nachhaltiges Ulm“ und die um das Bauhaus Dessau. Hier geht es um die Entwicklung von Bausteinen, um die Region Dessau-Wittenberg-Bitterfeld konzeptionell und praktisch zu einer ökologischen Modellregion zu entwickeln. Dabei ist der Aufbau neuer institutioneller Formen ausdrückliches Ziel. Methode ist die Netzwerkarbeit, d. h. der Aufbau von Zusammenhängen, über die der Dialog mit Betroffenen, politisch

Verantwortlichen und ExpertInnen zum Auffinden von Problemen und Lösungswegen möglich wird.

5. Zusammenschlüsse von Haushalten mit dem Ziel der Ökologisierung des häuslichen Wirtschaftens: das Beispiel der Öko-Teams

Die Ökologisierung der Ökonomie kann sich gemäß meiner Analyse nicht nur auf die Erwerbsökonomie beziehen, die Versorgungsökonomie ist in gleicher Weise gefragt. Ein eindrucksvolles Beispiel für den Zusammenhang von Verständigungsorientierung und Ökologisierung bieten die sogenannten Öko-Teams (vgl. dazu Politische Ökologie Nr. 33/1993): Das sind Zusammenschlüsse von Haushalten mit dem Ziel, eine „ökologische Renovierung“ der Haushalte in Gang zu setzen. Dazu kooperieren mehrere benachbarte oder befreundete Haushalte miteinander: Die Haushaltsmitglieder treffen sich monatlich und beraten, wie sie diese Ökologisierung praktisch durchführen können. Sie tauschen Erfahrungen und Anregungen aus und entwickeln gemeinsam neue Handlungsgrundlagen. Dabei sind die einzelnen Teams eingebunden in ein landesweites Öko-Team-Programm, über das ihnen die Erfahrung von anderen Teams vermittelt wird. Es findet also nicht nur eine kooperative Verständigung zwischen den Haushalten der jeweiligen Teams statt, sondern es gibt einen Prozeß der Rückkoppelung mit anderen Teams, so daß die gesammelte Erfahrung als unterstützendes Wissen weitergegeben werden kann. So entsteht ein Netz, ein „kooperativer Umweltschutz“.

Kooperation, Vernetzung, Rückkoppelung – über diese grundlegenden Prinzipien wird so aus der sozialen Lebenswelt heraus nachhaltiges Wirtschaften entwickelt. (Als sozialer Nebeneffekt geschieht eine Art „Wiederentdeckung der Geselligkeit.“ Denn die in den Öko-Teams kooperierenden Menschen entwickeln gemeinsame Freizeitaktivitäten, schaffen ein neues kommunikatives Umfeld.)

Diese Beispiele scheinen auf den ersten Blick sehr verschieden zu sein – und sie sind es auch. Die ersten drei sind Beispiele für eine verständigungsorientierte Veränderung von Unternehmen, die beiden letzten beziehen sich auf die Politik bzw. den Haushalt. Alle Beispiele weisen aber für meinen Gedankenzusammenhang wichtige Gleichartigkeiten auf: Ihnen ist gemeinsam, daß bei ihnen der Diskurs eine Rolle spielt, d. h. ein Prozeß der Verständigung zwischen den Beteiligten. Die Koordination ihrer Handlungen verläuft nicht über Preise (Geld) oder Macht, sondern über den Diskurs. Die Erfolgsorientierung ist zwar in diesen Verständigungsprozessen eingebettet, aber das Ergebnis dieses Prozesses ist offen. Verständigung braucht Zeit, und man könnte mir entgegenhalten, in unserer heutigen Gesellschaft ist Zeit Geld, wir können uns das nicht leisten. Meines Erachtens ist das jedoch nur ein sehr kurzfristiges Effizienzdenken. Langfristig wird diese für den Diskurs zur Verfügung gestellte Zeit zu einer sehr viel effizienteren Ökonomie beitragen als ihr unmittelbarer Einsatz in erfolgsorientierten Prozessen. Das verweist überhaupt darauf, daß in diesen diskursiven, verständigungsorientierten Formen der Entwicklung der Ökonomie

die herkömmlichen ökonomischen Kategorien mit neuem Inhalt gefüllt werden: Kosten und Nutzen und damit auch Effizienz werden neu bestimmt. (Ob ganz neue ökonomische Vorstellungen und damit auch Kategorien entstehen, ist notwendigerweise offen).

Verständigung ist ein Prinzip der Lebenswelt. Indem es in die Ökonomie hereingeholt wird, bindet es die Ökonomie an die Lebenswelt und damit an die Lebensvorstellungen der Menschen. Auch in diesem Sinne wird die Ökonomie effizienter. Und hier möchte ich auf einen besonderen Punkt aufmerksam machen: Die „Ökonomie in der Lebenswelt“ (Familienökonomie oder Versorgungsökonomie) ist seit Jahrtausenden Handlungsfeld von Frauen. Während ökonomische Tätigkeit in der Sphäre der Erwerbsarbeit in der Regel ein Prozeß zwischen Personen und Dingen ist, ist die überwiegende Zahl der ökonomischen Handlungen im Familienhaushalt ein interpersonalen Prozeß. Mehrere Familienmitglieder sind in ihn einbezogen bzw. von ihm betroffen. D. h. auch, daß die Menschen in der Familienökonomie miteinander kooperieren müssen. Ökonomie ist hier ein Prozeß der Interaktion, nicht ausschließlich der Arbeit. Und Interaktion benötigt Verständigung. Aufgrund der den Frauen gesellschaftlich zugewiesenen Verantwortung für diesen Bereich der Ökonomie haben sie daher spezifische Erfahrungen in Verständigung. Diese Erfahrung kann genutzt werden, um die Erwerbsökonomie verständigungsorientiert zu verändern. Daraus folgt, daß ein verstärktes Engagement von Frauen in dieser Erwerbsökonomie eine Möglichkeit ist, verständigungsorientiertes Handeln in der Wirtschaft zu fördern und ihre Umorientierung auf ein Konzept nachhaltiger Entwicklung voranzubringen.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Zur Schaffung der Bedingung für verständigungsorientiertes Handeln in der Ökonomie (und damit für die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung) ist eine neue Wirtschaftspolitik nötig. Diese hat vier Ansatzpunkte:

1. Im Rahmen der bestehenden ökonomischen Institutionen der Erwerbsökonomie, d. h. im Rahmen des bestehenden ökonomischen Effizienzdenkens: Maßnahmen zur Anpassung der Kosten an ihre wirkliche Höhe;
2. Zur Förderung der verständigungsorientierten Umsteuerung der bestehenden ökonomischen Institutionen der Erwerbsökonomie: Sicherung von Bedingungen für Verständigungsorientierung (Diskursvoraussetzungen) in der Erwerbsökonomie durch Schaffung von rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen;
3. Zur Förderung der Eigeninitiative zur Entwicklung verständigungsorientierter Wirtschaftsformen in der sozialen Lebenswelt: Sicherung der Existenzmöglichkeiten von Formen der Selbstorganisation, Netzwerken, Kooperationen;
4. Zur Veränderung der strukturellen Grundlagen der Ökonomie: Maßnahmen zur Veränderung der geschlechtsspezifischen Lebens- und Arbeitsteilung (4a)

sowie Maßnahmen zur Entwicklung einer prinzipiell anderen Sichtweise auf die Natur, zur Veränderung des Mensch-Natur-Verhältnisses (4b).

Meine Grundgedanken zu wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen sind bisher nicht zu einem in sich geschlossenen Programm weiter entwickelt. Ich möchte hier daher nur jeweils Beispiele für entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen geben:

Zur Anpassung der Kosten an ihre wirkliche Höhe ist eine Bewertung im Sinne einer Bepreisung der natürlichen Ressourcen sowie der Umweltbelastung durch die Produktion und die Abfallbeseitigung nötig. Denn noch heute lernen unsere Studenten, daß Kosten „in Geld bewerteter Güterverzehr“ sind. Solange die Naturstoffe keine Geldausdrücke haben, gehen sie in diesen Kostenbegriff nicht ein. Aufgabe des Staates ist es, solche Bewertungen durch Steuern und Abgaben vorzunehmen, damit mit der natürlichen Mitwelt in ihrer Rolle als Quelle und als Senke zumindest im traditionell-ökonomischen Sinne effizient umgegangen wird. Das wird zu einer Verteuerung der natürlichen Ressourcen führen und somit die menschliche Ressource, die „Ressource Arbeitskraft“, wieder ökonomisch bedeutender machen. Arbeitslosigkeit heißt dann, daß vergleichsweise billige Energie brach liegt. Das Ersetzen von Maschinen durch Arbeitskraft kann so wieder ökonomisch rational werden.

Gemäß meinen hier entwickelten Vorstellungen ist diese ökonomische Vernunft für eine Umorientierung der Ökonomie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu eng. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die diesen Rahmen nicht erweitern, können daher immer nur ein erster und vorläufiger Schritt sein. Das In-Geldwert-Setzen von Teilen der Natur ist daher nur eine Übergangslösung, eine Notmaßnahme, bis die Ökonomie so vernünftig geworden ist, daß sie auf gesellschaftlich herausgebildete Werte auch ohne Geldausdruck Rücksicht nehmen kann. Zur Förderung der dafür notwendigen Verständigungsorientierung, d. h. zur Schaffung von Diskursvoraussetzungen, sind staatliche Maßnahmen nötig, die die möglichst gleichwertige Teilnahme aller Betroffenen sichern. Staatliche Maßnahmen müssen also z. B. Machtgefälle zwischen den Diskurspartnern verhindern bzw. ausgleichen, Teilnahmerechte der Betroffenen absichern (auch Informationsrechte), die prozessualen Bedingungen sowie zeitliche und räumliche Möglichkeit für Diskurse schaffen (vgl. den Alternative Dispute Resolution Act in den USA von 1990). Auch Subventionen an Unternehmen, die solche Verfahren ausprobieren, können kurzfristig nötig sein. Denn da Verständigung Zeit braucht, werden solche Unternehmen kurzfristig im Wettbewerb benachteiligt sein – langfristig allerdings haben sie die Nase vorne.

Für die Unterstützung von Initiativen zur Entwicklung verständigungsorientierter Wirtschaftsformen in der sozialen Lebenswelt sind ähnliche Maßnahmen notwendig. Allerdings liegt hier das Schwergewicht nicht so sehr auf dem Ausgleich von Machtgefälle und Informationsvorsprüngen als bei der Schaffung von finanziellen, räumlichen und zeitlichen Bedingungen für das Tätigsein solcher Gruppen. Bezüglich der Ökologisierung von

Haushalten über die genannten Öko-Teams kann der Staat z. B. unterstützende Politik machen, indem er Räume für Treffen zur Verfügung stellt, Zuschüsse für Teilzeitstellen gibt, Weiterbildungsangebote macht, Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbietet. (Auf einen Aspekt möchte ich hier besonders aufmerksam machen: auf die Regionalisierung der Wirtschaft. Solche Initiativen (das wurde auch deutlich an den Beispielen der Initiativen für nachhaltige Wirtschaftsräume) sind immer räumlich begrenzt. Es sind Initiativen von unten, die ggf. gegen ökonomischen Druck von überregionalen Märkten abgesichert werden müssen.)

Wo aber kommt die Zeit her, solche Wirtschaftsformen auszuprobieren, sei es in der Erwerbsökonomie, sei es in der Versorgungsökonomie? Und: Wer sind die Handelnden? In der Erwerbsökonomie – Männer, in der Versorgungsökonomie – Frauen? Gemäß der gewohnten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und neben ihrem vollen Arbeitstag? Und: Wo kommt das Grundverständnis dafür her, daß es um eine neue Qualität der Ökonomie geht, eine Ökonomie, die den Entwicklungskriterien der sozialen Lebenswelt und der natürlichen Mitwelt verpflichtet ist? Diese Fragen verweisen auf den letzten Ansatzpunkt der Wirtschaftspolitik, auf die Veränderung struktureller Grundlagen: Hier geht es z. B. um neue Arbeitszeitmodelle bei gleichzeitiger neuer Aufteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau. Denn neben der Aufgabe, Zeit für solche neuen Wirtschaftsformen zu schaffen, gilt es auch, die Erfahrungen in dem eher interaktiven, d. h. verständigungsorientierten Bereich der Versorgungsökonomie und in dem Bereich der Erwerbsarbeit jeweils sowohl für Männer als auch für Frauen möglich zu machen. Es geht also darum, Frauen mehr in die Erwerbsökonomie zu integrieren und Männern die Option auf Tätigkeit in der Versorgungsökonomie zu eröffnen. Und bezüglich der natürlichen Mitwelt geht es z. B. um die „ökologische Grundrechtsschranke“, für die seit einiger Zeit sehr aktiv gestritten wird. Eine solche Grundrechtsschranke würde die Absicht für ein neues Verständnis gegenüber der natürlichen Mitwelt ausdrücken – die Absicht, sie eben nicht nur als Senke oder Ressource anzusehen, sondern ihre eigenen Entwicklungsprinzipien zu akzeptieren, sie sozusagen als „Subjekt“ Ernst zu nehmen.

Bis auf den ersten Ansatzpunkt einer im Interesse von nachhaltiger Entwicklung die Verständigungsorientierung fördernden Wirtschaftspolitik handelt es sich hier vor allem um das klassische Feld der Ordnungspolitik. Deren Modernisierung im Interesse einer Ökologisierung der Wirtschaft ist, als Unterstützung für die wirtschaftlich Handelnden selbst, gefragt. Deren Kern ist die Förderung von Diskursen - und damit die Förderung einer neuen Form von Demokratie, die alle Betroffenen gleichwertig einbezieht. Da, wo die Betroffenen sich nicht selbst zu Wort melden können (wie die natürliche Mitwelt, zukünftige Generationen, manchmal auch: Menschen in der sogenannten Dritten Welt) kommt dieser Ordnungspolitik eine ganz besondere Verantwortung zu.

Kann verständigungsorientiertes Handeln zu einem Koordinationsmedium der Wirtschaft werden?

Die Antwort auf diese meine Überlegungen leitende Frage ist hiermit gegeben: Ja, verständigungsorientiertes Handeln in der Ökonomie ist möglich. Diskurs kann, neben Geld und Macht, zu einem die wirtschaftlichen Handlungen koordinierenden Medium werden. Und das ist nicht nur möglich, sondern auch nötig, nötig für eine Umorientierung der Ökonomie auf ein Konzept nachhaltiger Entwicklung hin. Geld und Macht bleiben daneben Koordinationsmedien: Das Geld, weil es zweckmäßig ist, eine Vielzahl routinierter wirtschaftlicher Handlungen zielorientiert darüber zu steuern, die Macht, weil sie nicht aus der ökonomischen Welt zu schaffen ist. Sie muß jedoch politisch reguliert werden. Preise allerdings bilden sich nur dann „richtig“ über Angebot und Nachfrage, wenn die ihnen zugrunde liegenden Kosten und Nutzen der Wirklichkeit entsprechen, Kosten und Nutzen von sozialer Lebenswelt und natürlicher Mitwelt einbeziehen. Das verweist auf eine Verantwortung der Disziplin, als deren Vertreterin ich hier spreche: der Wirtschaftswissenschaft. Es gilt, ihre Kategorien daraufhin zu überprüfen, ob sie die Wirklichkeit richtig deuten, wobei sich „richtig“ eben nicht nur nach der engen ökonomischen Vernunft, sondern auch nach kommunikativer Vernunft und den Lebensbedingungen der natürlichen Mitwelt bestimmt. Vermutlich müssen nicht nur die Vorstellungen von Kosten, Nutzen und Effizienz, sondern auch viele andere Kategorien der Wirtschaftswissenschaft demgemäß modernisiert werden.

Lassen Sie mich zum Schluß einen Hinweis auf den normativen Charakter dieser Gedanken machen, der mir ausdrücklich wichtig ist. Meine Überlegungen basieren auf zwei normativen Grundentscheidungen: Der Grundentscheidung für ein eigenständiges Lebensrecht der natürlichen Mitwelt und der Grundentscheidung für die Diskursfähigkeit der Menschen. Die Fähigkeit zur Verständigung über Sprache ist eine äußerst schöpferische Kraft – es ist gesellschaftliche und ökonomische Aufgabe und Chance, sie zur Entfaltung zu bringen.